

Beschlussvorlage 2014/309	Referat	Baureferat
	Abteilung	Abt. 31, Bauverw., Bau- u.Denkmalrecht
	Verfasser(in)	

Gremium	Termin	Vorlagenstatus
Stadtrat	11.12.2014	öffentlich

Außenbereichssatzung für den Bereich Griesbachmühle in der Gemarkung Paar - Änderung des Geltungsbereiches -

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Stadtrates vom 03.04.2014 zur Aufstellung der Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB für den Bereich Griesbachmühle in der Gemarkung Paar wird wie folgt geändert:

Der Geltungsbereich umfasst nun die Grundstücke FINrn. 773 (Teilfl.), 774, 774/1, 775/1, 793/3 (Teilfl.), 795 (Teilfl.), 799/1 (Teilfl.), 799/3, 799/4 (Teilfl.), 799/5 und 856/1 (Teilfl.) der Gemarkung Paar.

Das Gebiet ist im beiliegenden Lageplan vom 04.12.2014 (Anlage 2) stark umrandet gekennzeichnet. Der Lageplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

anwesend:	für den Beschluss:	gegen den Beschluss:
-----------	--------------------	----------------------

Vorlagennummer: 2014/309



Sachverhalt:

Bisheriger Verfahrensverlauf:

Antrag auf Aufstellung 16.09.2010 PUA

Sachstandsbericht und 17.05.2011 PUA

weitere Vorgehensweise

Aufstellungsbeschluss 03.04.2014 STR

Billigungs- und Auslegungsbeschluss 17.07.2014 PUA

Bekanntmachung 06.08.2014

Öffentliche Auslegung 18.08. – 19.09.2014

Beratung der Stellungnahmen 04.12.2014 PUA

aus der öffentl. Auslegung

Dem Planungs- und Umweltausschuss wurde vorgeschlagen, am 04.12.2014 nachstehenden Beschluss zu fassen:

bestehenden Wohnhäuser im Osten auf dem Grundstück FlNr. 773 in den Geltungsbereich aufgenommen, damit eine enge Abgrenzung um sämtliche vorhandenen

Wohngebäude im Siedlungsbereich erfolgt."

Der geänderte Geltungsbereich ist vom Stadtrat zu beschließen.

Anlagen:

- 1. Lageplan 03.04.2014 bisheriger Geltungsbereich
- 2. Lageplan 04.12.2014 geänderter Geltungsbereich

[&]quot;Der Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat, den Geltungsbereich der Außenbereichssatzung im Norden entsprechend dem beiliegenden Lageplan vom 04.12.2014 zu reduzieren, um ihn entsprechend der Intention des § 35 Abs. 6 BauGB direkt um die bestehende Wohnbebauung zu beschränken. Gleichzeitig werden die beiden